

Kofler & Karriere

Die Produktivitätstheorie von Martin Ebner

Martin Ebner hat Freudiges zu verkünden: Der Helvetic-Airways-Besitzer wird 2018 die goldene Hochzeit mit seiner Ehefrau Rosmarie feiern, wie er der «Schweizer Illustrierten» verriet. 50 Jahre verheiratet zu sein, ist eine reife Leistung und der Beweis, dass Ebner auch privat geschickt investiert. In seinem Liebeshoch verstrickt sich der Financier (Vermögen laut «Bilanz»-Reichstenliste: 2,75 Milliarden Franken) jedoch in Küchenpsychologie. «Ich glaube, dass geordnete Familienverhältnisse helfen. Man wird weniger abgelenkt, ist produktiver», preist er in dem Interview die Vorteile der Langzeit-Ehe.

Ich kenne keine Studie, die Ebners These untermauert. Wissenschaftlich verbrieft ist lediglich, dass verheiratete Menschen tendenziell glücklicher und ausgeglichener sind. Aber produktiver? Wenn ich da an all die Kollegen denke, die während der Arbeit regelmässig von der Frau mit Aufträgen für zu Hause bombardiert werden, scheint mir das nicht plausibel. Und wenn ich auf mein eigenes Berufsleben zurückblicke, war ich oft dann am besten, wenn ich privat gerade in einer Umwälzungsphase war.

Deshalb meine Gegenthese: Menschen in sogenannt ungeordneten Verhältnissen können äusserst wertvoll sein für eine Firma. Wer sich beispielsweise vom Partner trennt, betrachtet den Job plötzlich als Lebenselixier. Singles müssen sich Anerkennung mangels häuslicher Alternative im Büro holen und strengen sich deshalb mehr an. Zudem fördern private Krisen Sozialkompetenz und Resilienz. Martin Ebner kann also froh sein, wenn nicht alle seiner 450 Airline-Mitarbeitenden die goldene Hochzeit anpeilen. Aber ich gratuliere ihm trotzdem ganz herzlich.



Karin Kofler, Autorin Wirtschaft

Haben Sie ein Problem im Büro, schreiben Sie an karin.kofler@sonntagszeitung.ch

Die Privatbank Lombard Odier will Namen behalten

Präsident Patrick Odier sieht keinen Konflikt mit ehemaligem Teilhaber Thierry Lombard

Genf Seit Ende 2014 gehört kein Mitglied der Familie Lombard mehr zu den Teilhabern der Genfer Privatbank Lombard Odier. Auf den Namen des Instituts hat dies keine Auswirkung. «Die Gruppe und die Bank werden ihre Tätigkeit unter dem bestehenden Namen weiterführen», sagt Patrick Odier, Präsident von Lombard Odier.

Thierry Lombard beteiligte sich nach seinem Austritt an der Lausanner Privatbank Landolt. Das befeuerte Gerüchte, wonach es zu einem Zerwürfnis zwischen den Familien gekommen sei. Doch laut Odier gibt es keinen Konflikt mit dem ehemaligen Teilhaber. «Er bleibt mein Freund. Unsere Beziehung beruht auf gegenseitigem Respekt und wir treffen uns weiterhin regelmässig», sagt er. Im neuen Engagement von Lombard sieht er keine Konkurrenz. «Thierry verfolgt ein anderes Projekt von einer Grösse, die nicht mit der von Lombard Odier vergleichbar ist.»

Längerfristig erwartet Odier durch den technologischen Fortschritt markante Veränderungen innerhalb der Branche. «Wir sind überzeugt, dass die Digitalisierung einen bedeutenden Einfluss auf das Bankgeschäft und insbesondere auf die Privatbanken haben wird.» Die Bank wickelt zwar keine Transaktionen mit der Internetwährung Bitcoin ab. Die Blockchain-Technologie, die hinter dieser steht, sei jedoch sehr interessant. Sie habe das Potenzial, das Geschäft mit Aktien und Anleihen völlig zu verändern. Pierre Veya

Anzeige

Ganz gleich wie viel Sie investieren:
Wir investieren immer über 50 Jahre Erfahrung.

Defensiv, renditestark: Investieren Sie in solide Schweizer Immobilien. Und in unsere Erfahrung seit 1961. Für unseren Prospekt mit integriertem Fondsvertrag und unseren aktuellen Jahresbericht: www.swissinvest-fund.ch

Swissinvest Real Estate Investment Fund
Pensimo Fondsleitung AG, Obstgartenstrasse 19, 8006 Zürich



Finanzmetropole: 80 Prozent der aktiven Schweizer Offshorefirmen in Panama werden von Genf aus gesteuert

Foto: Keystone

C. Brönnimann, A. Haederli, L. Würgler und O. Zihlmann

Genf In der Schweiz liegt das Geschäft mit Offshorefirmen praktisch vollumfänglich in den Händen von Anwälten und Treuhändern – und sie vermeiden es offenbar systematisch, für diese Firmen Sorgfaltpflichten wahrnehmen zu müssen. Dies zeigt eine statistische Auswertung und eine Reihe von Stichproben in den Panama-Papieren, den Daten der Kanzlei Mossack Fonseca (MF) aus Panama.

Finma hat keine Kontrolle über Verwalter der Briefkastenfirma

In den Dokumenten finden sich Angaben von über 214 000 Offshorefirmen und -stiftungen, die im Zeitraum von 1978 bis heute bei MF gegründet wurden. Ein Sechstel davon, rund 34 000, wurde von der Schweiz aus betreut. Davon waren im Jahr 2015 noch gut 7300 aktiv. 80 Prozent dieser Firmen wurden von Genf aus gesteuert, nur sieben Prozent aus Zürich.

Bei 93 Prozent der Konstrukte führt MF einen hiesigen Treuhänder, Steuerberater oder Anwalt als Verantwortlichen, nur in sieben Prozent eine Bank. Das Gros der aktiven Firmen entfällt auf gut zwei Dutzend Anwälte und Treuhänder in Genf.

Das bedeutet, dass die meisten Verwalter von Briefkastenfirmen hierzulande nicht von der Finanzmarktaufsicht (Finma) kontrolliert werden. Denn diese ist primär für die Banken verantwortlich. Bei Anwälten und Treuhändern hingegen wären eigentlich sogenannte Selbstregulierungsorganisationen (SRO) zuständig.

Stichproben in den Panama-Papieren deuten aber darauf hin, dass bei den meisten Schweizer Offshorefirmen faktisch gar niemand beaufsichtigt, wie diese betreut werden, auch die SRO nicht.

Das liegt unter anderem an einem Angebot aus Panama: MF offeriert den Anwälten einen zusätzlichen Service, sogenannte nominierte Direktoren. Das sind in der Regel MF-Angestellte, die auf dem Papier das Zeichnungsrecht für die Offshorefirmen übernehmen – gegen eine Gebühr. Sie unterschreiben sodann alle Verträge und Geldtransfers. In Tat und Wahrheit leiten diese Direktoren die Firmen aber nur auf dem Papier.

Bei MF gibt es Angestellte, die für Hunderte Firmen zuständig sind. Sie unterschreiben stapelweise Dokumente, die ihnen von den ausländischen Klienten vorgehalten werden. Eine der MF-Direktorinnen, die auf dem Papier die Firmen rund um Vladimir Putins Familienfreund Roldugin steuerte, betreute Tausende Firmen und verschob Milliardenvermögen.

Für MF ändert auch ein Papier-Direktor nichts daran, dass die Anwälte im Ausland den wirtschaftlich Berechtigten und die Herkunft der Gelder kennen müssen.

Doch nach Schweizer Recht hat der Wechsel zu einem Papier-Direktor gravierende Auswirkungen. Wer hierzulande solche Dienste in Anspruch nimmt, gibt zwar die Anweisung nach Panama, unterschreibt aber selber

nicht und handelt damit gar nicht mehr als Finanzintermediär. Die Folge: Er wird in dieser Tätigkeit auch nicht mehr von der SRO oder der Finma überwacht. Er muss auch keine routinemässigen Sorgfaltpflichten mehr erfüllen, zum Beispiel in jedem einzelnen Fall nachfragen, woher das Geld kommt und wer hinter einer Offshorefirma steckt. Da sich auch MF nicht als zuständig betrachtet, unterliegen solche Firmen keiner systematischen Kontrolle mehr.

Doch wie oft wird diese Möglichkeit in der Schweiz genutzt? Die SonntagsZeitung wollte dies mit einer Stichprobe herausfinden. Die zehn Anwälte und Treuhänder, welche 2015 am meisten MF-Firmen betreuten, verwalten zusammen fast ein Drittel aller aktiven Schweizer Offshorefirmen bei der Kanzlei in Panama.

Analysiert man bei diesen zehn Betreuern jeweils fünf zufällig gewählte Offshorefirmen aus einem möglichst breiten Spektrum, erkennt man ein Muster: Bei diesen 50 Firmen wurden in 47 Fällen Papier-Direktoren von MF oder von Dritten als zeichnungsberechtigt eingesetzt. Nur bei drei Firmen amtierten die Schweizer selber als Direktor und hatten damit nachweislich Sorgfaltpflichten zu erfüllen.

Dies deutet darauf hin, dass zumindest bei den Grossverwaltern von Offshorefirmen in der Schweiz die Aufsichtspflichten systematisch vermieden werden.

Gerade einer der Hauptkunden von MF, der erwiesenermassen hochrisikoklienten betreute, hatte für die Firmen des Kunden kein Zeichnungsrecht. Die Kanzlei musste entsprechend nicht nachfragen, woher die Gelder der verdächtigen Person kamen. Die Kanzlei, die Firmen von Putins

Freund Roldugin betreute, musste über die Beziehung ihres Kunden zum russischen Präsidenten nicht einmal nachfragen.

Nur bei offensichtlicher Geldwäsche könnte in einem solchen Fall der Staatsanwalt einschreiten – wenn er es bemerkt. Ein Schweizer Anwalt beschrieb es gegenüber der SonntagsZeitung folgendermassen: «Wenn Zweifel am Kunden bestehen, sorgt man dafür, dass man nicht zeichnungsberechtigt ist.»

Anwälte und Treuhänder müssten beaufsichtigt werden

Laut Daniel Thelesklaf, Leiter der Anti-Geldwäscherei-Behörde von Liechtenstein, nützen Geldwäscher solche Gesetzeslücken aus. «Anwälte und Treuhänder, die Strukturen auf diese Weise betreuen, sollten beaufsichtigt werden. Man kann sich hier nicht einfach auf die Banken oder auf das Ausland verlassen – die ganze Kette muss kontrolliert werden.»

Thelesklaf erinnert daran, dass die Schweiz bereits bei der letzten Länderprüfung der internationalen Arbeitsgruppe gegen Geldwäsche FATF gerügt wurde, weil dieser Bereich nicht geregelt ist. Im neuen Bericht, der aktuell ausgearbeitet wird, erwartet der Experte erneut einen Rüffel – und dieser wird wegen der Enthüllungen aus den Panama-Papieren noch mehr Aufmerksamkeit erregen.

«Die Publikationen haben bereits jetzt einiges bewirkt», sagt Thelesklaf. In den Gremien werde über nichts anderes mehr gesprochen. In der Tat haben zahlreiche Staaten, die OECD und die G-20 Massnahmen angekündet. «Vieles davon wird wohl auch umgesetzt», sagt Thelesklaf. «Das Offshoregeschäft wird sich in Ländern wie Panama grundlegend verändern.»

recherchedesk@sonntagszeitung.ch